

Haushaltsrede 2026

Fraktion: Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Leva, sehr geehrte Beigeordnete*in, liebe Ratskolleg*innen, sehr geehrte Damen und Herren.

Unsere derzeitige Weltordnung ist dabei sich aufzulösen. Verunsicherung, die Angst vor einer Ausweitung kriegerischer Auseinandersetzungen, die Sorge um den Arbeitsplatz oder finanziell überfordert zu werden, belastet weiterhin viele Menschen bei uns. Wir erleben, dass rechtsradikales Gedankengut weiter Raum greift. Deswegen sollten wir uns immer wieder ins Bewusstsein rufen, was bei uns noch immer sehr gut funktioniert, auf was wir noch immer stolz sein sollten. Wir haben stabile, robuste demokratische Prozesse und Rechtsstaatlichkeit.

Trotzdem müssen wir uns den aktuellen Problemen stellen. Die staatlich geförderte chinesische Wirtschaftsmacht, die Zollpolitik der USA, die Bedrohung durch Russland, aber auch die Überbürokratisierung stellen unsere Volkswirtschaft und Unternehmen vor große Herausforderungen. Lösungswege wird es aber nur im internationalen, europäischen oder nationalen politischen Kontext geben. Aber auch wir alle übernehmen in diesem Kontext Verantwortung. Wir treffen Kaufentscheidungen, haben die Wahl was, wo und wie wir einkaufen und haben gemeinsam die Verantwortung, als dass wir unser demokratisches Grundrecht auf Wahlen auch tatsächlich nutzen.

Viele Jahre war in Mutterstadt ein Haushaltsplan mit ausgeglichenem oder sogar positivem Ergebnis Normalität. Um unsere Handlungsfähigkeit in der Kommune zu erhalten, brauchen wir auch zukünftig einen ausgeglichenen Haushalt. Gelingt dies nicht, müsste die Gemeinde ihre Einnahmen erhöhen oder ihre Kosten senken. Beide Maßnahmen gehen zu Lasten der Bürger*innen. Deswegen müssen für das bestehende Problem der Unterfinanzierung für Aufgaben, die von Bund- oder Land auf die Gemeinden übertragen wurden, Lösungen gemeinsam mit der Bundes- und Landesregierung gefunden werden.

Für unsere Fraktion wäre es keine Option, wenn der Lösungsansatz für einen ausgeglichenen Haushalt darin bestehen würde, die Grundsteuer zu erhöhen und die Ausgaben prozentual zu kürzen. Wir wollen stattdessen gemeinsam mit der Gemeinde und den Fraktionen nach neuen auch ungewohnten Lösungswegen suchen.

Dank der zugesicherten Fördersumme in Höhe von 7,53 Mio. € aus dem Sondervermögen für Bildung, Klima und Infrastruktur können für Mutterstadt wichtige Investitionen angestoßen werden. Insbesondere mit Investition in Infrastrukturprojekte zum Klimaschutz könnte der Ergebnishaushalt der Gemeinde maßgeblich entlastet werden. Wir sollten von Seiten der Gemeinde, den politischen Gremien und den Bürger*innen für die sich ergebenden Möglichkeiten neue Wege des Miteinanders denken, finden und dann auch umzusetzen. Wir haben eine gute fraktionsübergreifende Zusammenarbeit, eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung und einen Bürgermeister, der auf Dialog setzt. Es kann gelingen, Möglichkeiten und Herausforderungen in gute Lösungen für alle umsetzen.

Worin sehen wir von Seiten der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die wesentlichen Möglichkeiten und Herausforderungen, für Mutterstadt?

- Wir wollen auch zukünftig für Gewerbetreibende ein attraktiver Standort sein und die Folgekosten eines Investitionsstaus vermeiden. Deswegen sollten wir jetzt in unsere Infrastruktur investieren und dafür Sorge tragen, dass Konzepte einer zukünftigen Wärmeversorgung zeitnah erstellt und umgesetzt werden.

- Wir sehen uns als Kommune auch weiterhin in der Verantwortung, die notwendige Anzahl der Kitaplätze bereit zu stellen und eine verlässliche und für die Entwicklung der Kinder förderliche und unterstützende Betreuung in den Grundschulen sicher zu stellen.
- Auch in Mutterstadt fehlt bezahlbarer Wohnraum, ein Problem mit großer gesellschaftspolitischer Sprengkraft. Wir sehen uns als Kommune deswegen in der Verantwortung, zu diesem Problem neue und kreative Lösungswege zu erarbeiten und zeitnah umzusetzen.
- Unsere Sozialsysteme werden es finanziell und personell nicht leisten können, wenn zukünftig eine noch größere Anzahl von Menschen in eine stationäre Betreuung rutscht. Wir brauchen deswegen für die Zukunft neue, alternative Konzepte des Miteinanders. Beispielsweise Wohnformen für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, bezahlbare Wohnformen für ein selbstständiges Leben im Alter, ein verzahntes Angebot von Dienstleistungen, von sozialen Einrichtungen, niederschwelligen Dienstleistungsangeboten und Ehrenamt. Zu diesen Herausforderungen bräuchten wir ein Konzept für Mutterstadt.
- Wir erleben derzeit einen gesellschaftlichen Umbruch, der auch in Mutterstadt spürbar wird. Eltern fehlt häufig der zeitliche Spielraum sich ehrenamtlich oder politisch einzubringen. Weniger Menschen sind aktive Mitglieder oder sind bereit Verantwortung in Vereinen zu übernehmen. Es wird immer schwieriger Menschen für politische Arbeit zu begeistern. Gleichzeitig fühlen sich immer mehr Menschen isoliert und einsam. Wer sich gemeinschaftlich integriert und engagiert, erlebt Unterstützung und fühlt sich selbstwirksamer. Wer hingegen nicht in eine Gemeinschaft integriert, einsam und isoliert ist, ist empfänglicher für radikales Gedankengut. Deswegen sehen wir uns als Gemeinde und Gemeinschaft in der Verantwortung, Gemeinschaft aktiv zu fördern und zukunftsorientiert zu Managen.

Umfang und Komplexität der Aufgaben in der Kommune nehmen weiter zu. Es ist ein guter, vertrauensvoller und zukunftsfähiger Ansatz, dass der Nachtragshaushalt sowie der Haushalt für das Jahr 2027 im Sommer 2026 in einem Workshop gemeinsam zwischen Gemeindeverwaltung und Rat besprochen werden soll. Damit haben wir die Chance, wichtige Themen umfassend, strategisch und kreativ, aber auch in volkswirtschaftlicher Übereinstimmung zu erarbeiten und nach den langfristig besten und nachhaltigsten Lösungsansätzen für Mutterstadt zu suchen.

Für eine Weiterentwicklung der Gemeinde und einen für die Gemeinde strategisch bestmöglichen Einsatz der zugesagten Fördersumme, brauchen wir eine personell ausreichend ausgestattete Verwaltung sowie einen zügigen Fortschritt bei der Digitalisierung. Durch den angedachten Prozess einer Organisationsentwicklung können Arbeitsprozesse entbürokratisiert oder digitalisiert werden. Insbesondere mit dem Start eines Projektes zur digitalen Aktenführung könnte administrativer Arbeitsaufwand reduziert werden und damit personelle Ressourcen für andere Aufgaben geschaffen werden. Mit der Etablierung einer zukunftsorientierten Führungsarbeit und der Übertragung von mehr Kompetenz und Verantwortung auf die Mitarbeiter*innen, könnte sich die Gemeinde als moderner und attraktiver Arbeitgeber positionieren, flexibler handeln und gestärkt aus dieser Situation hervorgehen.

Der Wunsch nach einer schlank aufgestellten Kommune birgt aber auch das Risiko, dass Aufgaben oftmals verstärkt extern vergeben werden müssen und notwendige Infrastrukturprojekte nur verzögert angegangen werden können. Für Mutterstadt bedeutet das beispielsweise, dass die dringend notwendigen Kitaplätze, von einem Investor errichtet werden und von der Gemeinde angemietet werden. Das ist für die Kommune eine auf Jahrzehnte hinaus teure Lösung. Dass es bisher gelungen ist, beim Bau des Kindercampus den gesetzten Zeit- und Kostenrahmen einzuhalten ist ein positiver Beleg dafür, dass eine intensive interne Betreuung von Bauvorhaben einen für die Kommune lohnenswerten Einsatz darstellt. An dieser Stelle vielen Dank an

Hans-Dieter Schneider und Werner Klein für ihren Einsatz. Wir setzen uns deswegen dafür ein, dass geprüft werden sollte, ob mittel- bis langfristig durch eigenes entsprechend qualifiziertes Personal ein Kostenvorteil gegenüber der Fremdvergabe erzielt werden könnte. Insbesondere vor dem Hintergrund der sich aus dem Fördertopf des Sondervermögens möglich werdenden zusätzlichen Investitionen, aber auch weil durch eine zunehmende Fremdvergabe das bautechnische Wissen zu unserer Infrastruktur verloren geht. Als Möglichkeit einer späteren Personalgewinnung könnten regelmäßige Werkstudentenstellen angeboten werden.

Trotz der zugesagten Fördermittel aus dem Sondervermögen, sollte die Möglichkeit des Einsatzes von Fördergeldern auch zukünftig intensiv genutzt werden. Es sollte proaktiv nach neu aufgelegten Fördermöglichkeiten gesucht werden, um geplante Projekte zur Instandhaltung bzw. zur Erweiterung unserer Infrastruktur, zum Klimaschutz, zur Unterstützung von Gemeinwohl- oder Kulturprojekten zum richtigen Zeitpunkt unter Maßgabe einer größtmöglichen Förderung zu starten. Eine komplexe und strategische Aufgabe, die an Bedeutung gewinnt und somit eine zentrale Rolle in der Verwaltung einnehmen sollte. Mit der von Seiten der Fraktion beantragten Stelle eines Fördermittelmanagers könnte das notwendige Fachwissen gebündelt und die restlichen Mitarbeiter*innen entlastet werden.

Es ist ein gutes Signal, dass die Kommune den Auftrag für die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung jetzt vergeben hat. Das Ergebnis der Ausarbeitung wird wichtige Eckpunkte und Rahmenbedingungen für das zukünftige Wärmekonzept der Kommune und der Bürger*innen liefern - zumal das Land die Kosten für die kommunale Wärmeplanung überwiegend tragen wird. Bei dieser Aufgabe zählt Mutterstadt leider nicht zu Vorreitern - im Kreis sind viele Kommunen einen Schritt weiter und haben die Ergebnisse bereits in Bürgerinformationsveranstaltungen vorgestellt.

Um die Einnahmesituation der Kommune zu verbessern, sehen wir es als wichtiges Anliegen, dass die Gemeinde die geplante Errichtung von Windkraftanlagen auf den entsprechend ausgewiesenen Flächen forciert und die notwendigen Entscheidungsprozesse in den Gremien eingebracht werden. Bei der Auswahl eines Windkraftbetreibers sollte sichergestellt werden, dass sowohl die Gemeinde als auch die Bürger*innen finanziell partizipieren.

Die jährlichen Kosten für Strom, Gas und Holzhackschnitzel belaufen sich aktuell auf ca. 650.000 €. Mit den Fördergeldern aus dem Sondervermögen sollten wir gezielt und zeitnah in den Klimaschutz investieren um damit für die Gemeinde langfristig Energiekosten einzusparen. Gemeinsam mit der Energieagentur Rheinland-Pfalz sollte geprüft werden, welche Chancen sich durch die Anwendung des Stromkreisbilanzmodells ergeben könnten und ein beispielsweise auf dem Dach des Palatinums erzeugte Strom für alle kommunalen Immobilien und Grundstücke genutzt werden könnte.

Eine weitere Option für eine Zukunftsinvestition mit der Zielsetzung einer langfristigen Kosteneinsparung könnte die Errichtung einer „Nahwärmeversorgung“ im Ortskern sein. Damit könnten für die energieintensiven Liegenschaften wie Rathaus, Neue Pforte und Palatinum kostengünstigere Alternativen der Wärmeversorgung möglich werden. An ein solches Netz könnten bei Interesse auch die unmittelbaren Haushalte oder Gewerbebetriebe angeschlossen und dadurch mit günstiger Wärme versorgt werden. Wir haben deswegen von Seiten der Fraktion den Antrag gestellt, bei der Erstellung der Wärmeplanung auch eine Machbarkeitsstudie für die Errichtung einer „Kalten-Nahwärme-Versorgung“ im Dorfkern zu erstellen. Auf dem Messplatz könnte relativ problemlos ein Sondenfeld errichtet werden. Böhl-Iggelheim möchte mit gutem Beispiel vorangehen und zieht als Ergebnis einer solchen Studie in Betracht, ein kaltes Nahwärmenetz im Dorfkern zu errichten und die Grundschulen daran anzuschließen. Wir möchten deswegen an dieser Stelle an unseren Antrag erinnern.

Wir sehen es als gutes Signal, dass die Gemeinde auch für das Haushaltsjahr 2026 Gelder zu Förderung von Balkonkraftwerken in den Haushalt eingestellt hat. Diese Anregung jetzt umzusetzen ist ein guter Weg, um allen ein Stück Energiewende zu ermöglichen

Wir müssen als Kommune den Klimaschutz voranbringen und könnten damit sogar unsere Kosten senken. Beim Thema der Abwasserbeseitigung ist beides möglich. Die Kosten für die Abwasserbeseitigung könnten gesenkt werden, wenn die Kommune das Thema „Schwammstadt“ konsequenter aufgreifen und die Entsiegelung voranbringen würde. Mit einer Umsetzung des bereits vor einigen Jahren gemeinsam von SPD und unserer Fraktion gestellten Antrags auf die Erarbeitung einer Satzung zum Thema „Schottergärten“ würden wir neben der Kostensenkung für die Entwässerung auch einen nicht unerheblichen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel leisten. Grundsätzlich ist eine noch deutlich stärkere Auseinandersetzung mit den Folgen des Klimawandels notwendig. Schatten, kühlende Bäume, Entsiegelung: Für alte Menschen und Kinder wird dies in Zukunft überlebenswichtig. Wir sollten dieses Thema zusätzlich in einem Gesamtkonzept angehen.

Mit dem Bau des Kindercampus ist ein positiver Meilenstein zur Reduzierung der fehlenden Kitaplätze und dem fehlenden Raumangebot für unsere Grundschulkinder gesetzt. Für die Eltern ist es ein wichtiges und notwendiges Signal, dass neben dem Kindercampus die dringend notwendige weitere Kita zeitnah entstehen soll. Es ist gut, dass der jahrelange Widerstand der anderen Fraktionen und der Verwaltung nun endlich beendet ist und die Eltern in Mutterstadt endlich eine Perspektive für die notwendige Betreuung erhalten haben, auch wenn unser Antrag von vor fünf Jahren damals noch von allen als nicht notwendig bewertet wurde. Unter dem Aspekt einer nachhaltigen Finanz- und Dorfentwicklung hätten wir uns als Fraktion aber eine intensivere Prüfung der Möglichkeit des Eigenerwerbs des Grundstücks verbunden mit der Errichtung einer ebenfalls zügig umsetzbaren Kita in Modulbauweise gewünscht.

In der letzten Sitzung des Schulausschusses wurde von Seiten der Mandelgrabenschule sehr deutlich und eindringlich darauf hingewiesen, dass für eine fachlich adäquate Ganztagsbetreuung auch die notwendigen Räume zur Verfügung stehen müssen. Dieser Sachverhalt ist in der Mandelgrabenschule derzeit nicht gegeben. Es mussten Not- bzw. Zwischenlösungen unter anderem mit Containerräumen geschaffen werden. Insbesondere für eine Ganztagsschule sollte es uns wichtig sein, dass die Gebäude als ein „Lernzu Hause“ wahrgenommen werden, als einen Ort, an dem sich Kinder gerne aufhalten, geborgen fühlen und Spaß am Lernen und Begreifen entwickeln können. Es müssen neben den Klassenräumen auch Räume zum Toben, Musizieren, sich Ausprobieren, zum Forschen, zum Spielen und Basteln, zum Gärtnern und Kochen zur Verfügung stehen. Die dringend notwendige bauliche Erweiterung der Mandelgrabenschule sollte in Anbetracht der Fördergelder aus dem Sondervermögen mit hoher Priorität angegangen werden.

Auch in diesem Jahr haben im Sozialausschuss die Schulleitungen auf die schwierige Situation der Schulen und vieler Kinder aufmerksam gemacht. Allen Kindern die bestmöglichen Bildungschancen zu gewähren, sollten wir als fraktionsübergreifende Aufgabe annehmen. Wir haben deswegen von Seiten der Fraktion den Antrag eingebracht, ab dem nächsten Schuljahr den Stellenplan für die Sekretariatsarbeiten auf 0,5 Stellen je Schule zu erhöhen. Um auch den erhöhten Anforderungen der Schulsozialarbeit gerecht zu werden, umfasst unser Antrag auch die Erhöhung der Schulsozialarbeit auf 0,5 Stellen je Grundschule.

Die Jugendpforte wurde sehr positiv angenommen, damit haben wir in Mutterstadt wieder einen zentralen und fachlich betreuten Jugendtreffpunkt, der für Kinder- und Jugendliche eine wichtige Anlaufstelle zum Reden, Lernen, Spielen, Kreativ sein, Einüben sozialer Kompetenz und der Einbindung in Gemeinschaft darstellt. Dafür ein herzliches Dankeschön an das Team der Jugendpforte. Jugendarbeit wird aber auch durch Mitbestimmung geprägt, deswegen ist es gut,

dass im letzten Jahr die Wahl einer Jugendvertretung geplant war. Die Anzahl der Bewerber*innen war bislang noch so niedrig, dass keine Wahlen notwendig waren. Die Belegung des Gremiums soll zukünftig Interesse erwecken und mehr Neugierige einladen, sich einzubringen. Wir wünschen dem aktuellen Team der Jugendvertretung bei ihrem Engagement für die Jugendlichen der Gemeinde viel Erfolg. Wollen wir die Jugendlichen dauerhaft für eine politische Arbeit begeistern, dann liegt es jetzt auch in der Verantwortung der Gemeinde und bei uns in den Gremien, die Jugendlichen in möglichst viele Themen einzubinden. Ihre Meinung soll eingeholt und entsprechend berücksichtigt werden - insbesondere, wenn es die Themen abwechslungsreicher Aufenthaltsflächen für Jugendliche betrifft.

Bezahlbarer Wohnraum ist als Daseinsvorsorge eine wichtige staatliche Aufgabe. Aktuell entstehen der Gemeinde für die Anmietung von Wohnraum jährliche Kosten in Höhe von 300.000 €. Fehlender bezahlbarer Wohnraum birgt die Gefahr einer nicht zu unterschätzenden sozialen Sprengkraft. Wir müssen diese Problematik in den politischen Gremien ernst nehmen und gemeinsam ins Handeln kommen. Auch wenn der Haushaltsplan für Jahr 2027 jetzt Mittel für den Ersatzbau der Wohnanlage im Brunnensee vorsieht, brauchen wir fraktionsübergreifend ein deutlich stärkeres Signal zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Wir müssten zukünftig Investoren und Bauträger deutlich mehr in die Verantwortung nehmen und selbst mehr Projekte anstoßen, auch dazu könnten Fördergelder aus dem Sondervermögen eingesetzt werden. Dabei soll auch das Konzept von Genossenschaftsmodellen in die Überlegungen und Diskussionen miteinbezogen werden. Ebenso sollten auch die verschiedensten gemeinsamen Modelle zwischen Kommune, Kirchengemeinden, Kreiswohnungsverband oder weiteren gemeinwohlorientierten Trägern erarbeitet und diskutiert werden. So können zusätzlich zu bezahlbarem Wohnraum auch Wohngruppen für Menschen mit Einschränkungen oder alternative Wohnformen für ältere Menschen und nachbarschaftsfreundliche Quartierskonzepte entstehen.

Möchten wir auch in Zukunft einen attraktiven lebendigen Ortskern mit einem vielfältigen Angebot an Einzelhandelsgeschäften und Gastronomie erhalten und weiterentwickeln, muss unser Anliegen darauf ausgerichtet sein, Kaufkraft in Mutterstadt zu halten. In einem zu erstellenden Zukunftskonzept könnten alle Einflussfaktoren für einen gelungenen, lebendigen Ortskern einfließen. Ein solches Zukunftskonzept sollte gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen unserer Gemeinde, sowie allen interessierten Bürger*innen entwickelt werden. Denn nur dann, wenn es viele attraktive und interessante Anlaufstellen im Dorfkern gibt, man gerne einen Spaziergang ins Dorf macht, es im Dorfkern grüne und schattige Plätze gibt, wenn es viele Anlässe der Kommunikation und des Austausches gibt, erhalten wir uns eine lebendige Dorfmitte. Diese Chance sollten wir durch zügiges Handeln nutzen, zumal mit der Sanierung der Dorfmitte ein wichtiger Grundstein für einen lebendigen Ortskern gelegt wurde.

Unser jahrelanges Bemühen für Temporeduzierungen und sicherere Schul- und Fahrradwege ist Teil politischer Entscheidungsprozesse geworden. Mutterstadt wird fußgänger- und fahrradfreundlicher. Dank dem Engagement der Gemeinde, der Fraktionen und insbesondere Frank Pfannebecker als Verantwortlichen des Gremiums für Verkehrsfragen, sind in den letzten Jahren verstärkt Maßnahmen umgesetzt oder auf den Weg gebracht worden wie z.B. die Geschwindigkeitsreduzierung in der Neustadter Str., die Einrichtung des Testbetriebes eines verbesserten Fußgängerüberweges in der Ruchheimer Str., die Erarbeitung eines Konzeptes wie verbesserte Fußgängerüberwege im Umfeld der Kreuzung Neustadter Str. /Blockfeldstr. eingerichtet werden können. In der letzten Sitzung des Gremiums für Verkehrsfragen wurde vereinbart, dass mit geeigneten Maßnahmen Durchgangsverkehr aus dem Medardusring verdrängt werden soll, ebenso wurde beschlossen, dass rund um den Kindercampus ein verkehrsberuhigter Bereich eingerichtet werden soll und in dem Zuge dann auch die Fußgönheimer Str. als Fahrradstraße ausgewiesen wird. Das neue Konzept des Gremiums, sich die für Anwohner und Verkehrsteilnehmer problematischen Bereiche vor Ort anzuschauen und dann gemeinsam nach Lösungen zu suchen, ist ein guter Weg, der so beibehalten werden sollte

Mit dem aktuellen gesellschaftlichen Umbruch verändern sich Strukturen und Einstellungen, so dass gelebte Gemeinschaft nicht mehr in der gewohnten selbstverständlichen Art und Weise funktioniert. Wir brauchen deswegen neue Konzepte und Wege wie wir Vereine, Ehrenamt und Gemeinschaft besser vernetzen und zukunftsorientiert managen können. Als einen ersten Schritt hatten wir die Nutzung einer Dorf-App als digitales Zukunftsinstrument für unseren derzeitigen analogen Veranstaltungskalender eingebracht. In einem nächsten Schritt könnte die aktuelle Situation der Vereine, deren Perspektiven und Ideen eingeholt werden, um dann in einem weiteren Schritt gemeinsam mit den Vereinen an Zukunftskonzepten zu arbeiten.

Als wichtigen Baustein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, haben Kommune und Kirchengemeinden in der Vergangenheit vielfältige Räume und Orte geschaffen. Für dieses Raumangebot brauchen wir zukunftsfähige Konzepte. Ein erster konkreter Schritt könnte sein, alle mietbaren Räume auf einer zentralen Plattform anzubieten und die Buchung von allen Räumen über ein zentrales Online-Reservierungssystem zu ermöglichen. Wir sollten mutig in alle Richtungen denken, insbesondere aber auch über vielfältige noch nicht erschlossene Vermarktungsmöglichkeiten nachdenken. Warum nicht das Foyer des Rathauses als Proberaum für Musikgruppen oder Chöre nutzen, Kitaräume für Yogakurse und die Walderholung für Familienfeiern anbieten? Eine Perspektive für die Räume der Gemeinde im Ortskern, könnte auch das Konzept eines „Mehrgenerationenhauses“ bieten. Zusätzlich bräuchten wir ein neues Nutzungs- und Vermarktungskonzept für das Palatinum, bei dem die Kommune wesentlich stärker an weiteren Einnahmemöglichkeiten teilhaben könnte.

Wir tragen gemeinsam Verantwortung für die Ausgaben der Kommune. In dem Kontext, dass eine wertschätzende Arbeit, ein sicheres Arbeitsverhältnis sowie ein verlässliches Einkommen wichtige Voraussetzungen sind um sich in der Gesellschaft angenommen zu fühlen, setzen wir uns dafür ein, wieder vermehrt auf eigenes Reinigungspersonal zu setzen. Damit können Sozialstandards und faire Löhne ohne die geforderten Kontrollmechanismen sichergestellt werden. Grundsätzlich sollte die Kommune bei allen Ausschreibungs- und Vergabeverfahren, alle ihr zur Verfügung stehenden rechtlich möglichen Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten konsequent nutzen, um die Firmen zu schützen, die Tariflohn zahlen, junge Menschen ausbilden, sich mitarbeiterorientiert verhalten, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen und um die Firmen sanktionieren zu können, die nicht gesetzeskonform arbeiten und dadurch der Gemeinschaft und den Sozialkassen Schaden zufügen. Diese Möglichkeiten sollten insbesondere bei der Inanspruchnahme der Fördergelder aus dem Sondervermögen ausgeschöpft werden, damit das Anliegen, mit dem Förderprogramm auch positive volkswirtschaftliche Impulse zu setzen auch tatsächlich erreicht werden können.

Das Zusammenleben mit gegenseitigem Respekt und Achtung ohne Diskriminierung und Ausgrenzung ist das Fundament für unsere Dorfgemeinschaft und unsere Demokratie. Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag, dass dies gelingt, leisteten auch im vergangenen Jahr die vielen ehrenamtlich engagierten Mutterstädterinnen und Mutterstadter. Dafür möchten wir uns ganz herzlich bedanken. Ohne Sie wäre unser Ort weit weniger lebendig und attraktiv. Besonderer Dank gebührt dabei der freiwilligen Feuerwehr, für Ihren unermüdlichen Einsatz für unser aller Wohl. Wir möchten uns aber auch bei den Fraktionen, bei den Beigeordneten Andrea Franz, Hartmut Kegel und dem zum 31.12.2025 ausgeschiedenen Frank Pfannebecker, aber auch und bei dir Thorsten sowie bei der Gemeindeverwaltung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Yvonne Wittmann wünschen wir viel Erfolg als neue Beigeordnete und hoffen auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit. Lasst uns gemeinsam die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen zügig angehen und konsequent an einer Umsetzung arbeiten - die konstruktive Unterstützung unserer Fraktion können wir zusagen.

Dem Haushalt für das Jahr 2026 können wir zustimmen. Bündnis 90/Die Grünen